NEWSLETTER

Ausgabe 13. Januar 2014

Spitzentreffen in Stuttgart: Auftakt zum Wahlkampfjahr 2014

SPD Baden-Württemberg stellt wichtige Weichen für die Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai – Städtetagspräsident Ulrich Maly als Gastredner

Auf dem traditionellen Spitzentreffen der Landes-SPD zu Jahresbeginn hat die Parteiführung erste Eckpunkte zur Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai in Baden-Württemberg beschlossen. „Wir brauchen starke Städte und Gemeinden für ein starkes Europa“, erklärte der Landesvorsitzende Nils Schmid im Stuttgarter Haus der Architekten. „Und nur mit einer starken SPD können wir eine soziale und nachhaltige Politik mit den Menschen vor Ort gestalten.“ Gastredner Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetags, betonte die kommunale Selbstverwaltung bei der Daseinsvorsorge: „Unsere Kommunen müssen selbst entscheiden und handeln können“, so der Nürnberger SPD-Oberbürgermeister. Angesichts der finanziellen und demografischen Herausforderungen sei eine vorausschauende Kommunalpolitik dabei wichtiger denn je. Auf dem Treffen waren neben dem Landesvorstand auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung, die Vorstände von Landtagsfraktion und Landesgruppe, die beiden Europaabgeordneten sowie SPD-Oberbürgermeister aus dem Land mit dabei. Auf dem Landesparteitag am 29. März in Wiesloch wird dann das kommunalpolitische Programm verabschiedet. Weitere Informationen unter www.spd-bw.de.

Auf unserem Spitzentreffen haben wir wichtige Weichen zur Kommunalwahl gestellt. Wir wollen unser Land 2014 von den Städten und Gemeinden her gewinnen. Bitte vormerken: Am 29. März ist Landesparteitag u.a. mit Schwerpunkt Kommunales!

Katja Mast
Generalsekretärin der
SPD Baden-Württemberg

IMPRESSUM

SPD Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/619 36-0
Fax-Nr.: 0711/619 36-20
E-Mail: bawue@spd.de
V.i.S.d.P.: Andreas Reißig

Kommunalwahl 2014: Wir schaffen Zusammenhalt!

Spitzentreffen beschließt Eckpunkteprogramm für Chancengleichheit, Nachhaltigkeit, Demokratie und Gemeinsinn

Nils Schmid und Ulrich Maly in Stuttgart

„Für viele ist ihre Stadt oder Gemeinde weitaus mehr als ein Wohnort. Sie stiftet Identität und Heimat. Hier werden Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelernt und gelebt. Die kommunale Infrastruktur trägt dabei wesentlich zur Verwirklichung von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit bei“, so Städtetagspräsident Ulrich Maly auf dem Spitzentreffen. Mit dieser Verantwortung dürften die Städte und Gemeinden nicht alleine gelassen werden. Nils Schmid verwies dabei auf die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene, in denen zentrale kommunalpolitische Anliegen wie der Erhalt der Gewerbesteuer und die Rücknahme der Kürzungen bei der Städtebauförderung durchgesetzt werden konnten. „Durch unsere Regierungsbeteiligung im Land und im Bund haben wir in den nächsten Jahren nun die besondere Chance, Hand in Hand für die Interessen der Kommunen einzutreten“, verdeutlichte der SPD-Chef. „Chancengleichheit, Zusammenhalt, mehr Demokratie und eine Politik, die heute schon an morgen denkt – dafür setzen wir uns ein“, erklärte Lars Castellucci, der als stellvertretender Landesvorsitzender die Gesamtkoordination für die Kommunalwahl 2014 übernommen hat.

Das gesamte Eckpunktepapier, mehr Informationen und Arbeitshilfen, die Broschüre sowie das Nachwuchsförderprogramm der SPD Baden-Württemberg zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 auf

www.spd-bw.de

Die Eckpunkte

Wir sorgen dafür, dass

- unsere Städte lebenswerte Räume sind und dass Wohnen bezahlbar bleibt
- die Kommunen bei der Schaffung von Kitaplätzen nicht alleine gelassen werden
- Schulen vor Ort erfolgreich sind
- keine Schülerin und kein Schüler zurück bleibt
- behinderte und nichtbehinderte Kinder die gleichen Chancen haben
- Integration über Pilotprojekte hinausgeht
- die Leistungen der Grundversorgung allen zu erschwinglichen Preisen zugänglich sind
- soziale Innovationen fruchten können
- das Miteinander von Jung und Alt gelingt
- es mit der Gleichstellung nach vorne geht
- Armut nachhaltig bekämpft wird

Lars Castellucci (Mitte)

- die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht alleine gelassen werden
- die demokratischen Mitwirkungsrechte ausgeweitet werden
- die Hürden der Mitbestimmung abgebaut werden
- der Nahverkehr und der kommunale Straßenbau gestärkt werden
- die Kommunen die Energiewende vor Ort gestalten können
- die Kommunalfinanzen nachhaltig gesichert sind